

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
25.05.2022
Ausschussbetreuender Fachbereich
Zentraler Dienst 8-10
Schriftführung
Katrín Klaes
Telefon-Nr.
02202-141220

Niederschrift

Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft
Sitzung am Mittwoch, 16.03.2022

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:14 Uhr

Sitzungsteilnehmer

Siehe Niederschrift zu TOP Ö 1

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 Bestimmung einer weiteren Vertretung der Schulen als beratendes Mitglied im ASG gemäß § 85 Absatz 2 Satz 3 Schulgesetz NRW
0084/2022**
- 6 Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen –
Planung für das Schuljahr 2022/23
0018/2022**
- 7 Anmeldesituation der 20 städtischen Grundschulen für das Schuljahr 2022/2023
0123/2022**

- 8 Sachstand Schulsanierungen**
0136/2022
- 9 Sachstand ISEP – aktuelle Entwicklungen**
0137/2022
- 10 Kostenanpassung Neubau GGS Bensberg**
0129/2022
- 11 Nächste Schritte Grundschule 21 in Bergisch Gladbach**
0801/2021
- 12 Prüfauftrag für alternative Schulstandorte im Rahmen der Umsetzung des Integrierten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplans - ISEP**
0804/2021
- 13 Prüfauftrag Standort Steinbreche für Interimsschule**
0125/2022
- 14 Schulstandort Mülheimer Straße: Sachstand**
0126/2022
- 15 KGS Frankenforst: aktuelle Maßnahmen**
0127/2022
- 16 GGS Hand: Maßnahmebeschluss (Modulbau)**
0128/2022
- 17 Neubau einer Einfeldturnhalle an der Wilhelm-Wagener-Schule**
0101/2022
- 18 Anträge der Fraktionen**
- 19 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Ebert eröffnet – als stellvertretender Ausschussvorsitzender - um 17:00 Uhr die 5. Sitzung des Ausschusses für Schule und Gebäudewirtschaft in der X. Wahlperiode und stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen worden sowie beschlussfähig sei.

An der Sitzung nehmen die Ausschussmitglieder

Ulrich Gürster
Helga Kivilip
Hermann-Josef Wagner (für Robert Martin Kraus)
Brigitta Opiela
Elke Lehnert (für N.N.)
Josef Willnecker
Anke Außendorf
Rainer Dettmar
Collin Eschbach
Helmut Schmidt (für Johanna Satler)
Anna Maria Scheerer
Andreas Ebert als stellvertretender Vorsitzender
Monika Lindberg-Bargsten
Oliver Herbst
Willy Bartz
Jürgen Niemann
Iro Herrmann
Christian Maimer
Heike Bahr-Müller
Ulrich Heimann
Florian Lambertz und
Roswitha Lawrenz

sowie aus der Verwaltung

Thore Eggert (Beigeordneter und Stadtkämmerer)
Ragnar Migenda (Beigeordneter)
Ruth Schlephack-Müller (Leiterin des Fachbereichs 8)
Dettlef Rockenberg (Leiter des Fachbereichs 4)
Petra Liebmann-Buhleier (Abteilungsleiter der Kinder-, Jugend- und Familienförderung)
Volker Weirich (Abteilungsleiter der Schulverwaltung) und
Katrin Klaes (Schriftführung)

teil.

Als Unterlagen der heutigen Sitzung benennt Herr Ebert die Einladung vom 03.03.2022 einschließlich der dazugehörigen Vorlagen sowie die als Tischvorlage verteilte Übersicht der Anmeldezahlen der Grundschulen, die der Niederschrift als Anlage beigelegt wird.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Da gegen die Niederschrift keine Einwände erhoben werden, gilt sie als genehmigt.

3. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Keine.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Eggert erläutert, soeben sei im Rahmen des **DigitalPakts Schulen** die Förderung neben dem Schulzentrum Im Kleefeld und den Berufsschulen auch für das AMG, die JGR, die NMG und das Schulzentrum Herkenrath bewilligt worden. Der Bescheid für die IGP stehe noch aus.

Die Grundschulen, die auf Grund des begrenzten Förderbudgets keine Fördermittel erhielten, würden sukzessive durch Finanzierung der Stadt Bergisch Gladbach digitalisiert. Seit Jahresanfang seien die GGS Bensberg, KGS In der Auen und GGS Heidkamp ertüchtigt worden. Dafür spreche er den drei Kollegen der Schul-IT ein großes Lob aus, die die Arbeiten mit Hochdruck vorantrieben, und danke auch Frau Henning und Frau Klaes für ihr Engagement.

Herr Wagner fragt, wie weit der Breitbandausbau mittlerweile gediehen sei, der eine weitere Komponente der Digitalisierung darstelle, und wie der Support gestaltet sei.

Herr Rockenberg antwortet, die Telekom habe den Breitbandanschluss für alle Schulen bis zum Sommer oder Herbst nächsten Jahres zugesagt; Informationen zum Zeitplan lägen ihm nicht vor. Die IGP und das DBG seien inzwischen versorgt. Der First-Level-Support werde entsprechend einer Vereinbarung durch das Land geleistet, der Second-Level-Support erfolge durch die Kommunen zusammen mit einem Dienstleister. Die Details einschließlich der Abgrenzung von First- und Second-Level-Support würden derzeit geprüft, und im Anschluss solle das gesamte Paket des Supports in der kommunalen Zuständigkeit neu vergeben werden.

Herr Eggert ergänzt, es müsse nicht bei Null begonnen werden, da die Schulen bereits über eine gewisse digitale Ausstattung verfügten, die allerdings derzeit verbessert werde.

Herr Rockenberg führt aus, am Schulzentrum Saaler Mühle hätten kurzfristig zwischen den bestehenden Schulen (Otto-Hahn-Realschule und -Gymnasium) sowie dem Interim der GGS Bensberg freie **Container für geflüchtete Menschen aus der Ukraine** nutzbar gemacht werden müssen, bis das Carpark-Gelände entsprechend ertüchtigt sei. Er danke den beteiligten Schulen für die gute Kooperation in dieser schwierigen Lage.

Die Kapazität der Unterkunft sei mittlerweile bereits nahezu erschöpft, und dort seien auch viele Kinder untergekommen, sodass sich die Frage nach der Beschulung ergebe. Die schiere Anzahl der Kinder stelle die Schulen vor Herausforderungen, doch bisher habe es ganz gut geklappt, auch indem die Kinder in den Klassen zusätzlich aufgenommen worden seien. Dies könne bei einer steigenden Anzahl schulpflichtiger Kinder nicht mehr gewährleistet werden und überfordere das System Schule.

Eine Schulpflicht entstehe erst, wenn ein Kind in einer Kommune (ausländerrechtlich) gemeldet sei. Es seien heute in einem Schreiben des Rheinisch-Bergischen Kreises an die Schulen und Schulträger verschiedene Vorgehensweisen vorgegeben worden. Zudem werde über eigene (altersübergreifende) Klassen nachgedacht, in denen verstärkt Deutschunterricht angeboten werde. Morgen werde eine Konferenz aus Kreisschulämtern, dem Schulministerium und dem Landkreistag stattfinden, in der unter Berücksichtigung auch der kommunalen Bedarfe weitere Details zur Beschulung der Kinder geregelt würden.

Herr Rockenberg weist auf die ausgeteilte Übersicht der **Anmeldezahlen für die weiterführenden städtischen Schulen** hin, die bislang nur einen Zwischenstand wiedergebe, da das Anmeldeverfahren noch laufe. Anders als in Köln könnten alle Kinder beschult und insbesondere sämtliche Gymnasialanmeldungen berücksichtigt werden. Kinder, die an einzelnen Gymnasien (OHG und DBG) hätten abgelehnt werden müssen, seien an anderen Gymnasien angenommen worden. Die

Anmeldezahlen an der Nelson-Mandela-Gesamtschule bestätigten die Entscheidung zugunsten der zweiten Gesamtschule. Dennoch werde die Situation auch in Bergisch Gladbach enger, und gemeindefremde Kinder seien abgelehnt worden, wenn die eigene Gemeinde ebenfalls über Schulen der gewählten Schulform verfüge. Dies betreffe vor allem Kinder aus Köln, die sich für das AMG und das OHG interessierten.

Herr Ebert nimmt Bezug zu den aktuellen Maßnahmen rund um die Geflüchteten aus der Ukraine und zeigt sich dankbar für die Arbeit der Verwaltung in diesem Zusammenhang.

Frau Opiela teilt mit, sie habe erfahren, dass die Ukraine einen guten Online-Unterricht leiste, an dem auch viele der geflüchteten Kinder teilnahmen. Deshalb legten sie und ihre Eltern vielfach keinen Wert auf eine sofortige Beschulung in Deutschland.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungen zur Kenntnis.

5. **Bestimmung einer weiteren Vertretung der Schulen als beratendes Mitglied im ASG gemäß § 85 Absatz 2 Satz 3 Schulgesetz NRW**
0084/2022

Der Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft beschließt einstimmig, dem Rat folgende **Be-schlussempfehlung** zu geben:

Gemäß § 85 Absatz 2 Satz 3 Schulgesetz NRW werden künftig eine Vertretung der Grund-schulen mit persönlicher Stellvertretung und eine Vertretung der weiterführenden Schulen mit persönlicher Stellvertretung auf Vorschlag der Schulleitungskonferenz zur ständigen Beratung in den Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft berufen.

6. **Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschu-len – Planung für das Schuljahr 2022/23**
0018/2022

Frau Lehnert dankt der Verwaltung für den weiteren Ausbau des Außerunterrichtlichen Angebots an Offenen Ganztagsgrundschulen. Sie fragt, wie viele Kinder künftig erwartet würden und aufgenom-men werden könnten.

Frau Liebmann-Buhleier antwortet, es gebe immer noch eine Warteliste und zu ihrem Bedauern könnten nicht sämtliche Planungen sofort umgesetzt werden. Sie stehe mit den Trägern in Kontakt und freue sich über deren gute Ideen, um flexibel auf geänderte Bedarfe reagieren zu können.

Herr Herrmann bezieht sich auf die wirtschaftliche Berechnung und sieht das Konnexitätsprinzip verletzt, da die Vorgaben vom Land kämen und folglich auch durch das Land zu finanzieren seien.

Herr Eggert stimmt zu, auch er sehe ein Problem mit der Konnexität, und unter anderem das habe zu der aktuellen Haushaltslage der Kommunen geführt. Dennoch müsse die Kommune handeln, um die Bedarfe ihrer Bevölkerung zu decken.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

7. **Anmeldesituation der 20 städtischen Grundschulen für das Schuljahr 2022/2023**
0123/2022

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

8. Sachstand Schulsanierungen
0136/2022

Frau Außendorf zeigt sich ob der Länge der Liste erschrocken und fragt sich, wann und wie sie abgearbeitet werden solle.

Frau Schlephack-Müller führt aus, die aktuell im Hochbau beschäftigten Kolleginnen und Kollegen arbeiteten an ihrer Belastungsgrenze und es seien noch einige Stellen zu besetzen – auch bei Führungspositionen. Sie kündigt für die nächste Sitzung dieses Ausschusses ein Dashboard an, auf dem die Fortschritte, Sachstände und Ressourcen einzelner Hochbaumaßnahmen ohne ISEP besser verfolgt und abgelesen werden könnten. Auch für die Bearbeitungsstände sonstiger Sanierungsmaßnahmen werde es in der nächsten Sitzung eine bessere Übersicht geben.

Herr Wagner schließt sich der Idee Frau Außendorfs an und bittet um eine Aufstellung der Sachstände von Schulsanierungsmaßnahmen inklusive eines Bezugs zu den Leistungsphasen und zur Kostenentwicklung, wie es beispielsweise im Rahmen des Abwasserbeseitigungskonzepts geschehe.

Herr Ebert bezeichnet die Aufstellung der Schulsanierungsmaßnahmen als sehr aufschlussreich.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

9. Sachstand ISEP – aktuelle Entwicklungen
0137/2022

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

10. Kostenanpassung Neubau GGS Bensberg
0129/2022

Der Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft beschließt die Anpassung und Finanzierung der Baukosten Neubau GGS Bensberg in dem in der Vorlage dargestellten Kostenrahmen und einer Risikoanpassung der Baukosten.

11. Nächste Schritte Grundschule 21 in Bergisch Gladbach
0801/2021

Herr Migenda betont die Wichtigkeit des beabsichtigten Vorhabens, da die Kapazitäten der bestehenden Grundschulen bereits in absehbarer Zeit nicht ausreichen würden. Die Errichtung einer weiteren Grundschule sei an anderen geprüften Stellen nicht möglich gewesen, und auch der Neubau am Standort „Weig-Gelände“ könne nicht rechtzeitig realisiert werden. Durch das hier vorgestellte Vorhaben werde die Förderfähigkeit im Rahmen der Konversion des Zanders-Geländes nicht gefährdet. Er schlägt folgende Änderung der Beschlussformulierung im zweiten Satz vor:

„Ferner beauftragt der Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft des Rates der Stadt Bergisch Gladbach die Verwaltung, aufgrund des dringenden Bedarfs an Grundschulplätzen kurzfristig einen Interimsstandort (Zwischenlösung) für eine Grundschule in Modulbauweise auf dem Grundstück Mülheimer Straße 243 – 247 gegenüber dem Standort der Gemeinschaftsgrundschule Gronau ~~einzurichten~~ aufzuarbeiten und die Maßnahme dem ASG zeitnah vorzulegen.“

Herr Wagner bestätigt die Dringlichkeit des Vorhabens. Er vermisst Anhaltspunkte zu den Kosten und fragt, ob zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule und Gebäudewirtschaft eine Kostenberechnung oder eine Kostenschätzung vorgelegt werde.

Herr Migenda antwortet, es sei angesichts der frühen Phase der Konzepterstellung die Vornahme einer Kostenschätzung beabsichtigt, die hinsichtlich der Kostenentwicklung noch eine Unsicherheit von 30 % berücksichtige. Wenn die Maßnahme fortschreite, könne auch eine Kostenberechnung

vorgelegt werden, die nur mehr eine Unsicherheit von 10 % enthalte. Eventuell werde auf Grund des Zeitdrucks mit dem Maßnahmebeschluss nicht bis zur nächsten Sitzung gewartet, sondern eine Dringlichkeitsentscheidung veranlasst werden.

Herr Ebert zeigt sich beeindruckt von der Tatsache, dass im Bereich der Stadtmitte bereits jetzt eine ganze Grundschule fehle. Dabei seien die künftig – nach der Konversion des Zanders-Geländes – zu erwartenden Zuzüge noch nicht berücksichtigt, die letztlich zur Notwendigkeit einer weiteren Grundschule führen würden. Er begrüßt das Vorhaben, eine Schule in Modulbauweise zu errichten, die zunächst als Interim für die Grundschule 21 und dann für die zu sanierende GGS Gronau dienen solle und somit die notwendige Zeit für langfristige Lösungen verschaffe.

Frau Kivilip unterstützt den Interimsstandort ausdrücklich. Die Änderung der Beschlussformulierung sei angeregt worden, weil mangels Aussagen über die Kosten derzeit ein Maßnahmebeschluss nicht gefasst werden könne, sondern das Vorhaben mit weiteren Planungen und Kostangaben dem Ausschuss zeitnah zur Entscheidung vorgelegt werden solle.

Herr Ebert informiert, es könne heute kein Maßnahmebeschluss gefasst werden, da dieser begrifflich stets eine gewisse Planungstiefe und Kostenangabe voraussetze (Leistungsphase 3 der HO-AI), die hier noch nicht vorlägen. Es handle sich vielmehr um einen Grundsatzbeschluss.

Der Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft fasst einstimmig folgenden – im Vergleich zur Vorlage **geänderten - Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft des Rates der Stadt Bergisch Gladbach beauftragt die Verwaltung, die Planung der Grundschule 21 (GS 21) auf dem Areal der ehemaligen Papierfabrik Zanders, hier: Standort Cederwaldstraße (ehemaliges „Weig-Gelände“), sowie die dazu erforderlichen Schritte einzuleiten.

Ferner beauftragt der Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft des Rates der Stadt Bergisch Gladbach die Verwaltung, aufgrund des dringenden Bedarfs an Grundschulplätzen kurzfristig einen Interimsstandort (Zwischenlösung) für eine Grundschule in Modulbauweise auf dem Grundstück Mülheimer Straße 243 – 247 gegenüber dem Standort der Gemeinschaftsgrundschule Gronau einzurichten. aufzuarbeiten und die Maßnahme dem ASG zeitnah vorzulegen.

12. Prüfauftrag für alternative Schulstandorte im Rahmen der Umsetzung des Integrierten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplans - ISEP
0804/2021

Herr Ebert zeigt sich besorgt um die Schullandschaft in Refrath. Die Vorlage führe gute Argumente gegen den Standort Mohnweg an und weise insgesamt eine gute Darstellung auf, nehme aber nicht das ganze Refrath in den Blick. Die Suche nach und Überprüfung von weiteren in Betracht kommenden Grundstücken sei allerdings perspektivisch im Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss zu behandeln.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

13. Prüfauftrag Standort Steinbreche für Interimsschule
0125/2022

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

14. Schulstandort Mülheimer Straße: Sachstand
0126/2022

Herr Rockenberg informiert, dass das Grundstück der Tankstelle größtmäßig dauerhaft für eine Grundschule nicht ausreiche, sondern nur als Zwischenlösung genutzt werden könne. Derzeit werde intensiv daran gearbeitet, dort unter Berücksichtigung der pädagogischen Bedarfe eine

möglichst große Schule errichten zu können und auf diese Weise die Zeit bis zu langfristigen Lösungen zu überbrücken.

Frau Schlephack-Müller ergänzt, aktuell würden die planungs- und baurechtlichen Voraussetzungen untersucht und geschaffen, um nach Ablauf der Mietzeit zeitnah handlungsfähig zu sein. Es müsse zudem selbstverständlich auch eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung erfolgen.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

15. KGS Frankenforst: aktuelle Maßnahmen
0127/2022

Der Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Vorbehaltlich der weitergehenden inhaltlichen Abstimmung und Prüfung in den Bereichen Denkmalpflege, Bauplanungs- und Bauordnungsrecht und dem Wasserrecht wird die Verwaltung beauftragt, eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung insbesondere zur Prüfung und Begründung des Umstandes, ob eine Abweichung von dem Grundsatz der losweisen Vergabe möglich ist, durchführen zu lassen. Sofern die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ergibt, dass eine solche Abweichung möglich ist, wird die Verwaltung beauftragt eine Funktionalausschreibung zu beauftragen.

16. GGG Hand: Maßnahmebeschluss (Modulbau)
0128/2022

Herr Ebert verweist auf seine Ausführungen unter TOP Ö 11: Auch hier handle es sich um einen Grundsatzbeschluss.

Der Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Verwaltung wird beauftragt das Bauvorhaben GGS Hand fortzuführen und in der Folge eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung mit besonderem Fokus auf die Möglichkeit einer Abweichung vom Grundsatz der losweisen Vergabe und die Vorbereitung einer Funktionalausschreibung zu beauftragen.

17. Neubau einer Einfeldturnhalle an der Wilhelm-Wagener-Schule
0101/2022

Der Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft beschließt entsprechend der Beschlussvorlage den Neubau der Einfeldturnhalle an der Wilhelm-Wagener-Schule am Schulstandort Mohnweg im Zusammenhang mit dem geplanten Neubau „Sportkomplex Mohnweg“ der Bädergesellschaft.

18. Anträge der Fraktionen

Keine.

19. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Dettmar bezieht sich auf den Beschluss des Ausschusses für Schule und Gebäudewirtschaft vom 29.11.2021 zu Photovoltaikanlagen und Gründächern und fragt nach dem Sachstand.

Frau Schlephack-Müller erläutert, im Rahmen jeder entsprechenden Baumaßnahme werde die Errichtung von Photovoltaikanlagen und Gründächern geprüft.

Herr Migenda ergänzt, Photovoltaikanlagen und Gründächer schließen einander nicht aus; unter Umständen könne auf einem Dach auch beides installiert werden. Auf Bestandsgebäuden wie dem OHG dagegen schieden derartige Maßnahmen mitunter auf Grund der Gebäudebeschaffenheit oder der technischen Anlagen auf dem Dach aus.

Herr Dettmar erkundigt sich, ob solche Maßnahmen auch auf Containerschulen in Betracht kämen.

Frau Schlephack-Müller verneint dies. Dort seien weder Photovoltaikanlagen noch Gründächer darstellbar.

Herr Herbst bittet Herrn Rockenberg, die Schulen darüber zu informieren, wie bei privat untergekommenen Kindern aus der Ukraine hinsichtlich der Beschulung zu verfahren sei.

Herr Rockenberg antwortet, es sei bereits eine Information durch das Land erfolgt. Zudem finde ein ständiger Austausch aller Beteiligten statt, und es bestehe das grundsätzliche Bestreben, die Kinder aufzunehmen. Allerdings bestehe bei einem Aufenthalt von bis zu 90 Tagen, der ausländerrechtlich wie ein touristischer Aufenthalt angesehen werde, keine Schulpflicht, sehr wohl aber mitunter ein Interesse an einer Beschulung. Heute habe der Rheinisch-Bergische Kreis die Schulen über das Verfahren informiert. Schwierigkeiten ergäben sich beispielsweise bei einem Standortwechsel der Kinder, da die Schulen bereits voll seien, doch er sei zuversichtlich, dass sich Lösungen finden ließen.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Fragen und die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Ebert bedankt sich für das große Einverständnis bei den wegweisenden Entscheidungen der heutigen Sitzung. Er schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:45 Uhr.

gez. Ebert
stellvertretender Vorsitzender

gez. Klaes
Schriftführung